

# IF - Kontakt



*Landesobfrau:*  
**Karin Berger**  
Tel: 0676/5403352  
Email: berger.karin@lofer.net



*Landesobfrau-Stv.:*  
**Hildeburg Becker**  
Tel: 06412/8317  
Email: dieter.becker@sbg.at



*Landesobfrau-Stv.:*  
**Claudia Kaltenegger**  
Tel: 0650/7773685  
Email: c.kaltenegger@sbg.at



*Landesfinanzreferentin:*  
**Gabriele Staufner**  
Tel: 0676/9077309  
Email: gabi.staufner@gmx.at



*Landesschritfführerin:*  
**Helga Pelzmann**  
Tel: 0650/5314012  
Email: hwsp@sbg.at



Die **initiative Freiheitliche Frauen Salzburg** ist ein selbstständiger Verein. Sie versteht sich als **Plattform, Anlaufstelle und Netzwerk von Frauen für Frauen.**

Als **Vorfeldorganisation der Freiheitlichen Partei Österreichs** unterstützen wir das politische Gesamtkonzept, indem unsere Standpunkte zu Familie, Beruf, Gesundheit, Soziales und Sicherheit gemeinsam von Politikerinnen und Nicht-Politikerinnen entwickelt werden.

Wir verstehen uns nicht als eine Nische für hilflose Weibchen, die den Anforderungen der Welt nicht entgentreten wollen oder als Hort für Kampf-Feministinnen, die den Begriff „Gleichberechtigung“ falsch verstanden haben. Frauen müssen selbst wählen, für welchen Lebensweg sie sich entscheiden! Familie und Beruf oder daheim bei den Kindern - jede Art der Lebensplanung muss ohne Nachteile und Diskriminierung möglich sein!

Wir sind viel mehr für ein klares Miteinander der Geschlechter - und der Generationen.

Nach dem Motto:

**Bündeln wir unsere Stärken,  
das Leben ist hart genug.**



*Wir schaukeln das gemeinsam...!*

**sozial &  
heimatverbunden**

**selbstbestimmt &  
partnerschaftlich**

**familienorientiert &  
generationsübergreifend**

*Wir schaukeln das gemeinsam...!*



## Gleichberechtigtes Miteinander

Nur ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern in Österreich sichert eine gedeihliche Zukunft. Dies bedeutet sowohl gleiche Rechte als auch gleiche Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit.

Zweifelsohne gibt es in unserer Gesellschaft noch immer evidente Benachteiligungen von Frauen. Das politische Bestreben muss es sein, deren Situation zum Besseren zu verändern, nicht aber das geschlechtsspezifische Verhalten durch Beeinflussen, Gängeln und Zwang zu verändern, ja sogar zu unterdrücken.

## Echte Wahlfreiheit

Die Berufstätigkeit vieler Frauen ist immer wieder von der Diskussion über Vereinbarkeit von Familie und Beruf begleitet. Wir treten für die Wahlfreiheit ein, das Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Das bedeutet, dass die Betreuung der Kinder in den ersten Lebensjahren durch die Eltern selbst ebenso akzeptiert und geachtet werden muss, wie der baldige Wiedereinstieg in den Beruf. Gerade jene Frauen aber, die sich eine Zeit lang ausschließlich ihren Kindern widmen wollen, werden diskriminiert und haben oft mit Hürden beim Wiedereinstieg zu rechnen. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden. Dass Väter verstärkt im Bereich der Familienarbeit und Kindererziehung tätig sein sollen, wird von uns begrüßt. Allerdings soll es dabei nicht zu einer völligen Verkehrung der Geschlechterrollen kommen, zumal gerade in den ersten Lebensjahren eines Kindes die Nähe der Mutter besonders wichtig und prägend ist.

Die Begriffe Frauen und Familie können nicht gewaltsam getrennt werden. Echte Wahlfreiheit für Frauen bedeutet, dass eine Mutter (ohne finanziellen Druck) die Entscheidung treffen kann, ob sie bei ihren Kindern zu Hause bleiben und sie auch erziehen und betreuen, oder teilzeitbeschäftigt oder voll arbeiten gehen will. Aus diesem Grund müssen Frauen sicher sein können, dass ihre Kinder bei der außerhäuslichen Betreuung bestmöglich gefördert werden. Wir fordern ein umfassendes Angebot an bedarfsgerechter Kinderbetreuung.

## Gleichberechtigung statt ideologischer Geschlechtsumwandlung

Die Einführung von „Gender Mainstreaming“ als Leitprinzip in Politik und Gesellschaft wird von uns Freiheitlichen abgelehnt. Wir hingegen sind der Überzeugung, dass Mutter- noch Vatersein ein Konstrukt oder eine gesellschaftlich oktroyierte Inszenierung sein können. Man übernimmt nicht eine Mutterrolle, sondern ist Mutter. Man übernimmt nicht eine Vaterrolle, sondern ist Vater.

Wir lehnen „Gender Mainstreaming“ als gesellschaftspolitische Strategie ab, welche die Auflösung der Familie verfolgt und das Zusammenleben von Frau und Mann, das auf gegenseitiger Achtung, Vertrauen und Liebe basiert, missachtet. Geschlechterpolitik muss für beide Geschlechter gelten und muss sowohl die Interessen der Frauen wie auch der Männer berücksichtigen.

Um die Gleichberechtigung zu schaffen, muss man nicht die Geschlechter abschaffen und sich über die Natur hinwegsetzen, sondern beiden Geschlechtern gleiche Chancen sowie Rechte in allen Bereichen einräumen.

Aus Freiheitlicher Sicht sind Frau und Mann verschiedenartig und dabei gleichwertig.

## Frauenrechte & Zuwanderung

Durch Zuwanderung vor allem aus außereuropäischen Ländern ist diese Chancengleichheit für immer mehr Frauen in Österreich nicht gegeben. Zwangsehe, Genitalverstümmelungen, oder Kopftuchzwang sind deutliche Signale einer Unterdrückung von Frauen, die in Österreich nicht akzeptiert werden können.

Selbstbestimmtheit und Mündigkeit von Frauen darf keine hohle Phrase sein, sondern eine gelebte Selbstverständlichkeit.

Wir treten für die Gleichwertigkeit der Geschlechter ein und diese muss in Österreich auch von Ausländern aus fremden Kulturkreisen akzeptiert und gelebt werden.

Die Gesetze, welche die Zwangsehe und die Genitalverstümmelung verbieten, müssen konsequent angewandt werden.

## Selbstbewusstsein statt Quote

Die seitens der politischen Linken regelmäßig erhobene Forderung einer Frauenquote, sei es im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft, lehnen wir ab: Erstens werden Frauen dadurch als unfähig dargestellt, weil man ihnen unterstellt, solche Positionen nur mit gesetzlichen Maßnahmen erreichen zu können. Dort, wo Frauen wirklich stark auftreten, werden sie sich über kurz oder lang auch durchsetzen. Zweitens haben wir Probleme, denen höhere Priorität zukommen sollte. So muss gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise viel eher ein Maßnahmenpaket geschnürt werden, um den zigtausenden arbeitsgefährdeten Frauen und Alleinerzieherinnen zu helfen.